

MEHR BRAUCHT MEHR

INFORMATIONEN ZUR TARIFRUNDE IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Liebe Eltern!

Wir wissen, dass die letzten Monate für Familien eine große Herausforderung waren. Noch immer machen Einschränkungen den Kindern, Eltern und Beschäftigten in Kitas, Schulen und anderen Einrichtungen zu schaffen und die Aussichten sind ungewiss.

In dieser Situation verhandelt ver.di mit den öffentlichen Arbeitgebern von Bund und Kommunen über die Entgelte der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Es geht um die Einkommen von 2,3 Millionen Beschäftigten. Außer den Beschäftigten von Kitas und Schulen sind auch die Beschäftigten der Gesundheitsämter und Krankenhäuser, der Feuerwehren, Ordnungsdienste, der Ver- und Entsorgung, des öffentlichen Personennahverkehrs, der Grundsicherung, der Reinigungsdienste und viele mehr betroffen.

ver.di hatte vorgeschlagen, die Tarifverhandlungen auf das Frühjahr 2021 zu verschieben und die Zwischenzeit mit einer Einmalzahlung für die Beschäftigten zu überbrücken. Dazu waren die Arbeitgeber nicht bereit. Von einem fairen Angebot ist nichts zu erkennen. Auch zum zweiten Verhandlungstermin am 19.-20. September haben sie noch immer kein konkretes Angebot vorgelegt.

Die **Arbeitgeber** stellen sich allenfalls **minimalste Erhöhungen** vor, die für einen langen Zeitraum von **mindestens drei Jahren vereinbart werden sollen**. Eine **stärkere Anhebung für Beschäftigte mit geringeren Einkommen**, die besonders darauf angewiesen wären, **wollen sie nicht**. Jegliche Form von Arbeitszeitverkürzung, die eine **Entlastung** für Beschäftigte bedeuten würde, **lehnen sie ebenfalls ab**. Die von ver.di geforderte **Angleichung der Arbeitszeit im Osten an die im Westen soll erst 2025 kommen** – und das im 30. Jahr der Einheit!

Gestern wurde noch geklatscht und heute werden die Beschäftigten nur als Kostenfaktor betrachtet?

Damit verschärfen die Arbeitgeber den Konflikt und wir müssen handeln!

In der Krise ist für alle die klargeworden, wie wichtig öffentliche Dienstleistungen sind. Viele Beschäftigte haben bis jetzt unter schwierigen Bedingungen ihre Aufgaben erledigt und den Laden am Laufen gehalten! Eine zuverlässige und gute öffentliche Daseinsvorsorge braucht gute Bedingungen. Wir fordern die Anerkennung unserer Leistungen, bessere Arbeitsbedingungen und eine entsprechende Lohnentwicklung!

Eine minimale Lohnerhöhung würde bedeuten, dass die Beschäftigten für die Krise zu zahlen! Real hätten viele weniger im Geldbeutel, weil sie sich weniger leisten könnten.

Reallohnverluste? Wie das?

Die Preissteigerung ist mit 0,1 Prozent jetzt in der Krise zwar niedrig. Die Mehrheit der Beschäftigten gerade in den unteren Entgeltgruppen spürt davon aber nichts. Mieten steigen weiter, Nahrungsmittel und Güter für den täglichen Gebrauch werden teurer. Da hilft es nichts, wenn Luxusgüter günstiger werden und die Inflationsrate im Durchschnitt nur wenig steigt. Darum haben wir einen Mindestbetrag gefordert, der bei kleineren Einkommen stärker spürbar ist.

Wir sind unverzichtbar! Das gilt für uns alle: von den Kolleg*innen, die nach Hygienekonzepten die Einrichtungen reinigen genauso wie für Sozialarbeiter*innen und die Erzieher*innen in den Einrichtungen.

Eine Einigung am Verhandlungstisch, die den Leistungen der Beschäftigten Rechnung trägt, kommt nicht von allein.

Darum stehen wir nun auf und wehren uns!

Warnstreiks oder andere Aktionen in der Tarifauseinandersetzung können zu Einschränkungen bei den Angeboten in unseren Einrichtungen und Diensten führen.

Wir gehen davon aus, dass gute Arbeitsbedingungen im gemeinsamen Interesse der Beschäftigten und der Eltern sind.

Wir bauen auf Ihre/Eure Solidarität!

VER.STÄRKT SOZIAL- UND ERZIEHUNGSBERUFE

ver.di